



Beratung des Haushaltsplanentwurfes 2026 für den Bereich Kinder-, Jugend- und Familienhilfe – Freizeitpädagogische Angebote in Roland und Vellern – Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.01.2026

Federführung: Fachbereich Jugend und Soziales

Beteiligungen: Fachbereich Finanzen und Beteiligungen

Auskunft erteilt: Herr Schulte | 02521 29-5000 | schulte@beckum.de

Beratungsfolge:

Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien

22.01.2026 Beratung

Beschlussvorschlag:

ohne

Erläuterungen:

Mit Datum vom 18.01.2026 beantragt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Einführung eines regelmäßigen freizeitpädagogischen ortsnahen Angebots für Kinder im Alter zwischen 6 und 14 Jahren für die Stadtteile Roland und Vellern. Für dieses Angebot sollen 10.000 Euro im Haushalt 2026 berücksichtigt werden. Zur Begründung des Antrages wird auf die Anlage zur Vorlage verwiesen.

Aus Sicht der Verwaltung ist die vorhandene Angebotsstruktur ausreichend, um den beschriebenen Bedarf abzudecken. In der Stadt Beckum bestehen mit dem Alten E-Werk und dem Freizeithaus Neubeckum etablierte, fachlich qualifizierte Einrichtungen, die freizeitpädagogische Angebote für Kinder und Jugendliche vorhalten. Diese Angebote sind grundsätzlich stadtweit ausgerichtet und stehen auch Kindern aus den Stadtteilen Roland und Vellern offen. Eine fachlich fundierte Bedarfsanalyse, die die Notwendigkeit eines eigenständigen freizeitpädagogischen Angebots speziell für die Stadtteile Roland und Vellern belegt, liegt derzeit nicht vor. Ohne eine solche Grundlage ist eine sachgerechte und nachhaltige Angebotsausweitung nicht zu begründen. Die im Antrag angeführten Gespräche und Einzelrückmeldungen können die systematische Bedarfsermittlung im Rahmen der Jugendhilfeplanung nicht ersetzen. Eine zusätzliche stadtteilbezogene Angebotsform würde zu Doppelstrukturen führen, ohne dass ein nachweisbarer Mehrwert gegenüber den bestehenden Angeboten erkennbar ist.

Bei dem beantragten Angebot handelt es sich um eine zusätzliche freiwillige Leistung der Kommune. Die hierfür beantragten Haushaltsmittel in Höhe von 10.000 Euro sind im Haushaltsplanentwurf 2026 nicht eingeplant.

Vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage und der Priorisierung gesetzlicher Pflichtaufgaben besteht derzeit kein finanzieller Spielraum für die Einführung zusätzlicher freiwilliger Leistungen. Eine Ausweitung freiwilliger Angebote setzt eine nachhaltige auf Dauer angelegte finanzielle Absicherung voraus, die aktuell nicht gegeben ist.

Unter Berücksichtigung der bestehenden Angebotslandschaft, der aktuellen haushaltswirtschaftlichen Situation sowie der fehlenden belastbaren Bedarfsfeststellung empfiehlt die Verwaltung, den Antrag abzulehnen

Anlage(n):

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.01.2026